



DIE WOCHE IM RATHAUS



Abendblatt-Redakteur Andreas Dey beobachtete die Landespolitik

Abendblatt.de
FRAGE DES TAGES & QUOTEN

Am Freitag haben wir Sie gefragt:

Befürworten Sie eine Kennzeichnungspflicht für Polizisten?

Das Ergebnis:

Ja	Nein
47 %	53 %

Abgestimmt haben 2976 Leser, Stand: 18 Uhr.

Die neue Frage:

Sind Sie bereit, sich für den Klimaschutz persönlich einzuschränken? Stimmen Sie ab, und debattieren Sie mit uns auf Abendblatt.de/frage-des-tages

WILKOMMEN IN HAMBURG

Jonah Elias wurde am 24. Oktober um 4.45 Uhr in der Asklepios Klinik in Barmbek geboren, Liara Elenia folgte nur eine Minute später. Seitdem halten die beiden ihre Eltern „ganz schön auf Trab“, sagt ihr Vater Thomas Ebermann. Mit Ehefrau Janna und den Zwillingen lebt er in Bergstedt. Weitere Babyfotos auf abendblatt.de/babyfotos (hplmp)



SPRECHEN SIE HAMBURGISCH?

dafür/davon. Statt manche Pronominaladverbien an den Anfang eines Satzes zu setzen, wie es grammatisch richtig wäre, trennt der Hamburger das Wort und setzt „für“ oder „von“ ans Ende. Beispiele: Da kann ich nix für, da bin ich nix für, da weiß ich nix von. Mit freundlichen Grüßen Heidrun Brenner, Farmsen-Berne

Vorschläge und Anmerkungen zur Serie senden Sie bitte an die E-Mail-Adresse hamburgisch@t-online.de (Betreff: Hamburgisch)

Facebook-Post von Til Schweiger: Gericht will bis Donnerstag urteilen

SAARBRÜCKEN Der Rechtsstreit um einen Facebook-Post des in Hamburg lebenden Schauspielers und Regisseurs Til Schweiger (53) geht weiter. Auch vor dem Landgericht Saarbrücken konnten sich eine Frau aus dem saarländischen Sulzbach und ihr Anwalt nicht mit Schweigers Anwältin gütlich einigen. Sollte dies weiter nicht geschehen, will das Landgericht bis zum Donnerstag über den Fall entscheiden. Die Saarländerin will per einstweiliger Verfügung erreichen, dass eine Privatnachricht von ihr an Schweiger sowie dessen Antwort von seiner öffentlich zugänglichen Facebook-Seite gelöscht werden.

Die Frau hatte Schweiger in der Nachricht gefragt, ob er Deutschland verlassen werde, nachdem die AfD in den Bundestag gewählt wurde. Dies habe er vor der Wahl vom 24. September angekündigt. Der Schauspieler antwortete der Antragstellerin mit der anzüglichen Gegenfrage nach einem „Date“ und veröffentlichte die Konversation auf seiner Facebook-Seite. Dabei war auch der Klammername der Frau zu sehen. (dpa)

Wie die Gebühr in die Tonne kam

Für mehr Sauberkeit sind nun doch 27 Millionen Euro im Haushalt übrig – woher kommt das Geld plötzlich?

ANDREAS DEY

Die Überraschung war gelungen. Viele Journalisten und Beobachter waren am Dienstagmittag schon auf dem Weg ins Rathaus, wo um 12.30 Uhr die Sozialsenatorin und der Justizsenator ihr neues Resozialisierungsgesetz vorstellen wollten, als die Tagesordnung der Landespressekonferenz plötzlich erweitert wurde. Umweltsenator Jens Kerstan werde auch erscheinen und etwas „zur Sauberkeit in der Stadt“ sagen, teilte der Senat um 12.06 Uhr mit – 24 Minuten vor Beginn der Sitzung.

Was der Grünen-Politiker im historischen Bürgersaal zu verkünden hatte, markierte nicht weniger als das Ende einer schier endlosen Geschichte: Seine von langer Hand geplante Sauberkeitsoffensive werde nun doch vollständig aus dem Haushalt finanziert, auf die höchst umstrittene Straßenreinigungsgebühr könne verzichtet werden. Sie sah vor, allen Grundeigentümern pro Monat 59 Cent pro Meter, den ihr Grundstück an die Straße grenzt, abzuknöpfen. So sollten rund 27 Millionen Euro pro Jahr zusammen-

Ich bin nicht der Finanzsenator, der eine Gebühr einführen will

Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne)

kommen, um unter anderem bei der Stadtreinigung 400 zusätzliche Reinigungskräfte einzustellen.

Einen sonderlich niedergeschlagenen Eindruck angesichts der Tatsache, dass sein Finanzierungskonzept eingestampft wurde, machte Kerstan aber nicht, im Gegenteil. Ihm sei wichtig, dass die Stadt sauberer werde und nicht, wie man das finanziere, sagte er und betonte noch: „Ich bin der Umweltsenator, der für Sauberkeit zuständig ist, ich bin nicht der Finanzsenator, der eine Gebühr einführen will.“

Wie? Dann soll es also Finanzsenator Peter Tschentscher (SPD) gewesen sein, der die Idee hatte, für die der rot-grüne Senat monatelang Prügel bezogen hatte? Gegen die alle vier Oppositionsfractionen, die Wohnungswirtschaft, der Steuerzahlerbund und am Ende sogar der Sozialverband SoVD Sturm gelaufen war?

In der SPD, man ahnt es, kam der Kerstan-Satz nicht gut an. „Die Gebühr war von Anfang an Bestandteil seines Konzepts“, meinte ein verärgertes Abgeordneter, der daran erinnerte, wie der Umweltsenator seinen Plan den Fraktionen vorgestellt hatte. Allerdings gibt es in der SPD auch Stimmen, wonach die Forderung nach mehr Sauberkeit ursprünglich aus den eigenen Reihen gekommen sei, quasi als Auftrag an Kerstan. Das wiederum hört man im Lager der Grünen nicht so gern.

In einem entscheidenden Detail stimmen die Erinnerungen aber überein: Kerstan hatte relativ früh klargestellt, dass die Sauberkeitsoffensive unmöglich aus dem kleinen Etat der Umweltbehörde bezahlt werden kann, und das wurde auch allgemein so akzeptiert. Zweitens war es das Ziel, das Mehr an Sauberkeit unabhängig von schwankenden Steuereinnahmen zu machen – und so kam man auf die Gebühr. Schließlich gibt es die in vielen anderen Städten und Kommunen bereits. Wer sie nun konkret als Erster ins



Umweltsenator Jens Kerstan (Grüne) will für mehr Sauberkeit in der Stadt sorgen dpa picture alliance / Christophe Gateau

Spiel gebracht hat – ein Grüner, ein Roter oder gar die Stadtreinigung selbst –, will keiner der Beteiligten mehr so genau wissen. In der Finanzbehörde heißt es aber: „Wir waren das nicht.“ Auch in der Umweltbehörde wird eingeräumt, dass Kerstans Satz über den Finanzsenator etwas missverständlich war. Als Hinweis auf die Urheberschaft für die Gebühr sei das nicht gemeint gewesen.

Lange wurde die Gebühr mit der Haushaltslage begründet

Die Argumentation, dass man trotz Rekordsteuereinnahmen und Haushaltsüberschüssen nicht mal eben 27 Millionen Euro übrig habe, liegt aber durchaus auf der Linie des Finanzsenators. Denn der lässt keine Gelegenheit aus, vor überbordendem finanzpolitischen Optimismus zu warnen. Für ihn ist dabei nicht die alte, kamerale Darstellung bedeutend, die auch Abschreibungen und Auszahlungen gegenüberstellt – da hat Hamburg in der Tat seit 2014 stets mehrere Hundert Millionen Euro Überschuss erwirtschaftet. Tschentscher schaut vielmehr auf die kaufmännische Darstellung, die auch Abschreibungen auf die städtische Infrastruktur und Rückstellungen für noch zu zahlenden Pensionen berücksichtigt – und da

klafft immer noch ein Loch von rund einer Milliarde Euro im Etat. Erst 2024 soll es geschlossen sein.

Es war diese Sichtweise, die von Rot-Grün lange als Argument für die Gebühr bemüht wurde. Doch gegen die Darstellung von der im Geld badenden Stadt, die die Bürger dennoch weiter schröpfen will, stand sie auf verlorenem Posten – zumal selbst innerhalb der Koalition die Ausgestaltung der Gebühr umstritten war. Hinzu kam die zusätzliche Belastung für Mieter, die vor allem der Wohnungsbau-Partei SPD nicht in den Kram passte.

Die vielen Ungereimtheiten und der zunehmende öffentliche Druck sorgten schließlich für einen Rückzug auf Raten. Erst kam aus der SPD der Vorschlag, doch die Kultur- und Tourismussteuern zu erhöhen, statt eine Gebühr einzuführen. Tags darauf war für Kerstan plötzlich „erkennbar“, dass im Haushalt doch Luft sei. Was zunächst für Verwirrung sorgte, weil es in krassem Gegensatz zur bisherigen Argumentation stand, wurde vergangene Woche aufgelöst: Der Senat will das Finanzrahmengesetz anpassen. Vereinfacht gesagt, gibt es vor, wie viel Geld die Stadt maximal ausgeben darf, und das sollen künftig rund 200 Millionen Euro mehr sein – pro Jahr. Nur fünf Mi-

nuten, nachdem der Finanzsenator das mitgeteilt hatte, meldete sich verabredungsgemäß der Umweltsenator und frohlockte, dass die Sauberkeitsgebühr ja nun geringer ausfallen könne.

Am Montag beerdigten Scholz und Kerstan die Gebühr

Doch selbst das wurde schell von der Realität überholt. Schließlich ist da auch noch die Steuerschätzung. Kommen Dienstag wird der Finanzsenator die Prognose für die Hamburger Steuereinnahmen präsentieren – und wie zu hören ist, geht es dabei um Mehreinnahmen in dreistelliger Millionenhöhe. Die an politischen Selbstmord grenzende Aussicht, am Dienstag über ein riesiges Steuerplus zu berichten und am Mittwoch in der Bürgerschaft eine neue Gebühr zu beschließen, brachte dann endgültig die Wende. Vergangenen Montag um 13 Uhr trafen sich Kerstan und Bürgermeister Olaf Scholz (SPD) im Rathaus und beerdigten die Sauberkeitsgebühr endgültig. Dass die Kritiker nun triumphieren würden (CDU: „Rot-grüner Müllkäfer hat ausgestrampelt“), nahmen sie in Kauf. Das politische Motiv war offensichtlich: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

Akademie ehrt Batterieforscher mit 100.000 Euro

Chemiker aus Dresden und Mainz forschen, wie Akkus Energie besser speichern können

HAMBURG Es ist eine Million Mal dünner als ein Blatt Papier, aber trotzdem extrem stabil, und es leitet elektrischen Strom erheblich besser, als herkömmliche Halbleiter dies tun: Graphen, hergestellt aus nur einer Schicht wabenförmig angeordneter Kohlenstoffatome, hat verblüffende Eigenschaften. Noch gibt es allerdings kaum Anwendungen mit dem „Wunderwerkstoff“.

Ändern wollen das die Chemiker Xinliang Feng von der Technischen Universität Dresden und Klaus Müllen vom Max-Planck-Institut für Polymerforschung in Mainz. Die Forschungsergebnisse der beiden seien wegweisend, urteilte die Hamburger Akademie der Wissenschaften – und ehrte Feng und Müllen deshalb am Freitag vor mehr als 100 geladenen Gästen im Kaisersaal des Rathauses mit dem Hamburger Wissenschaftspreis.

Der alle zwei Jahre vergebene und mit 100.000 Euro dotierte Preis wird gestiftet von der Hamburgischen Stiftung für Wissenschaften, Entwicklung und Kultur Helmut und Hannelore Greve. Es ist der höchstdotierte Preis einer deutschen Wissenschaftsakademie. In diesem Jahr ist die Auszeichnung dem Thema Energieeffizienz gewidmet.

Senatorin Fegebank lobt innovative Ideen

Die Forschung der beiden Chemiker zielt insbesondere darauf ab, mithilfe der besonderen Speicher- und Leitfähigkeit von Graphen die Speicherkapazität von Batterien zu erhöhen. „Wir denken dabei nicht nur an Anwendungen in Autos, sondern insbesondere an die gesamte Dünnschicht-Elektronik, also an Akkus von kleinen Geräten wie Mobiltelefonen und auch an flexible elektronische Bauelemente in Textilien, die von stärkeren Batterien erheblich profitieren könnten“, sagte der aus Köln stammende Klaus Müllen. Der 70-Jährige ist zwar schon emeritiert, aber immer noch sehr umtriebig.

Xinliang Feng, gebürtiger Chinese, schrieb seine Doktorarbeit bei Klaus Müllen. Inzwischen ist Feng selbst Professor – mit gerade einmal 37 Jahren. Feng und seine Mitarbeiter haben unter Beteiligung von Müllen ein elektrochemisches Verfahren entwickelt, mit dem sich Graphen in größeren Mengen kostengünstig und umweltschonend herstellen lassen soll – eine entscheidende Voraussetzung, um dem Material zum Durchbruch zu verhelfen.

„Wir brauchen innovative Ideen wie die unserer Preisträger, um die Ziele der Energiewende und der Klimapolitik zu erreichen“, sagte Wissenschaftssenatorin Katharina Fegebank (Grüne) bei der Preisverleihung im Rathaus. „Es freut mich besonders, dass die Preisträger das Preisgeld vor allem in die Einbindung des wissenschaftlichen Nachwuchses investieren wollen.“ (HA)



Akademie-Chef Edwin Kreuzer zitiert die Preisträger Xinliang Feng (l.) und Klaus Müllen dpa/Scholz

Hamburgs Staat und Kirchen – wohin geht die Reise?

Öffentliche Diskussion am Dienstag im Kaisersaal des Rathauses. Neues Buch über Säkularisierung in der Stadt

HAMBURG Um die Zukunft von Hamburgs Kirchen geht es auf einer Podiumsveranstaltung im Kaisersaal des Hamburger Rathauses. Die öffentliche Diskussionsrunde am Dienstag, 21. November, findet auf Einladung des evangelisch-lutherischen Kirchenkreises Hamburg-Ost und der CDU-Bürgerchaftsfraktion statt (Beginn: 18 Uhr).

Erwartet werden auf dem Podium Oberkirchenrätin Elisabeth Chowaniec, Monsignore Peter Mies, Staatsrat Chris-

toph Krupp, Chef der Senatskanzlei, der Historiker Helmut Stubbe da Luz, Hauptpastor und Propst Martin Vetter und Dietrich Wersich, Erster Vizepräsident der Bürgerschaft und kirchenpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerchaftsfraktion.

Lars Haider, Chefredakteur des Abendblatts, moderiert die Veranstaltung unter dem Motto „Hamburgs Staat und Hamburgs Kirchen – wohin geht die Reise?“ Die Begrüßung übernehmen

Pröpstin Isa Lübbers und André Trepoll, Vorsitzender der CDU-Bürgerchaftsfraktion.

Themen der Veranstaltung werden unter anderem das Reformationsjubiläum, die Kirchensteuer und das Verhältnis zwischen Staat und Kirche sein. 500 Jahre nach dem Beginn der Reformation soll gefragt werden, worin die Rolle der Religion und der Kirchen in Hamburg besteht und welche Bedeutung sie in Zukunft haben.

Am Rande der Veranstaltung wird ein neues Buch vorgestellt. Der Titel „Säkularisierung – ein weltgeschichtlicher Prozess in Hamburg. Staat und Kirchen von Napoleon bis zum Reformationsjubiläum“ (Peter Lang GmbH/Internationaler Verlag der Wissenschaften). Zu den Autoren gehören Bischöfin Kirsten Fehrs, Helmut Stubbe da Luz, Hans-Heinrich Nolte, Elisabeth Chowaniec, Alexander Flores und Abendblatt-Redakteur Edgar S. Hasse. (HA)

Lieblingsstück. Edition Juwelier CABOCHON.



EDITION 5

Juwelier
CABOCHON

Alsterlateral Einkaufszentrum (AEZ), Heegberg 31, 22391 Hamburg

ANZEIGE